



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Berichterstattung zur aktuellen Personalsituation und Sicherung der Aufgabenerfüllung**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, in den jeweils zuständigen Fachausschüssen noch vor der Sommerpause Bericht darüber zu erstatten,
  - wie sich die aktuelle Personalsituation in den Behörden darstellt,
  - in welchen Bereichen bei der Aufgabenwahrnehmung durch personelle Engpässe und/oder Aufgabenverlagerungen in andere Behörden, Defizite erkennbar oder bereits eingetroffen sind,
  - welche aktuellen und strategischen Maßnahmen ergriffen wurden und werden, die Aufgabenerfüllung aktuell und künftig sicher zu stellen.
- 1.1. Im Rahmen der Berichterstattung soll insbesondere dargestellt werden, welche Resonanz die erweiterten Angebote zur Reduzierung der Arbeitszeit und zur vorzeitigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses bei den Tarifbeschäftigten und bei dem verbeamteten Personal finden und wie sich konkret die Bewilligungsverfahren und die Bewilligungssituation darstellen (z. B. bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente; Versetzung in den Ruhestand auf Antrag; Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte; Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte; Teilzeit für Tarifbeschäftigte (ohne Lehrkräfte an öffentlichen Schulen); Teilzeit für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen; Anwendung des Teilzeit-TV LSA auf Beamtinnen und Beamte; Anwendung sonstiger Varianten der Reduzierung von Arbeitszeit).
- 1.2. Bei der Darstellung der Maßnahmen zur Sicherung der Aufgabenerfüllung soll vor allem erörtert werden, in welcher konkreten Weise eine Kompensation der reduzierten Beschäftigungszeit erfolgt, bzw. erfolgen soll (z. B. Arbeitsverdichtung durch Verlagerung auf verbliebenes Personal, Aufgabenverzicht, eingeleitete oder geplante Strukturveränderungen, gezielte Maßnahmen der Aus- und Fortbildung, vorgezogene und/oder zusätzliche Neueinstellungen, Aktivitäten und Erfolge von Rückholaktionen).

(Ausgegeben am 18.04.2012)

2. Die Ergebnisse dieser Berichterstattungen sollen in einer komprimierten Personalberichterstattung (Unterrichtung) bis spätestens Oktober 2012 dem Parlament vorgelegt werden.
3. Im Ergebnis und in Auswertung dieser Personalberichterstattung ist federführend durch den Finanzausschuss zu prüfen, ob und mit welchem Inhalt jährliche Personalberichterstattungen vorzulegen sind.

## **Begründung**

Zu 1.

Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2012/2013 und des Kabinettsbeschlusses zum Personalentwicklungskonzept 2011 hat die Landesregierung unterschiedliche Aktivitäten ergriffen, den Personalabbau über die bisherigen Möglichkeiten hinaus, noch einmal drastisch zu beschleunigen. Begründet werden diese Maßnahmen mit der Notwendigkeit, weitere Abbaupotenziale zu erschließen. Nur so könnten die im Personalentwicklungskonzept gesetzten Zielzahlen erreicht werden.

Durch den Parlamentsbeschluss zum Doppelhaushalt 2012/2013, den Kabinettsbeschluss zum PEK 2011 und entsprechende tarifvertragliche Abschlüsse befinden sich diese Maßnahmen derzeit bereits in der Umsetzung. Das Parlament soll durch die Landesregierung nunmehr darüber in Kenntnis gesetzt werden, in welchem Umfang durch die Beschäftigten von den angebotenen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitszeit bzw. zur vorzeitigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses Gebrauch gemacht werden möchte und in welchem Umfang Bewilligungen bzw. Ablehnungen von Anträgen erfolgten bzw. zu erwarten sind.

Da sich die Bedingungen in den einzelnen Ministerien sowohl bei der Bewilligung von Anträgen als auch bei den Maßnahmen der Kompensation zur weiteren Sicherung der Aufgabenerfüllung durchaus unterschiedlich gestalten, sollen detaillierten Angaben bereichsspezifisch in den zuständigen Fachausschüssen erörtert werden.

Zu 2.

Um dem Parlament eine Übersicht zur Gesamtsituation zu ermöglichen, sollen die Ergebnisse der Berichterstattungen in einer Unterrichtung aufgearbeitet werden, um ggf. entsprechende politische Konsequenzen ziehen zu können.

Zu 3.

Die vorgelegte Unterrichtung soll ferner dazu dienen, eine Entscheidung herbeizuführen, ob und in welchem Umfang jährliche Personalberichterstattungen für Regierung und Parlament eine notwendige Grundlage für längerfristige Personalkonzepte bilden sollten. Entsprechende Beispiele aus anderen Ländern (Hamburg) wurden bereits in der Enquetekommission zur Personalentwicklung dargestellt.

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender